

„Vorsätzliche Schwächung“

Oberbürgermeister beklagt immer neue Aufgaben für die Kommunen ohne Finanzdeckung von Bund und Land

Kiel. Land und Kommunen müssen ihre Haushalte gemeinsam konsolidieren. Es könne nicht sein, dass das Land in die Kassen der Kommunen greife und sie dadurch weiter schwäche, kritisiert Kiels Oberbürgermeister Torsten Albig gegenüber unserer Zeitung.

INTERVIEW

Mit Kiels Verwaltungschef Torsten Albig (SPD) sprach Martina Drexler

Auf ein Viertel der Stellen bei entsprechend wegfallenden Aufgaben könnte das Land Ihrer Ansicht nach verzichten. Ein Sparvorschlag von Ihnen als SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl, der Wirbel auslöste. Wie weit sind Sie mit Einsparungen bei der Stadt vorangekommen? Als Oberbürgermeister wollten Sie jede zweite der rund 700 freiwerdenden Verwaltungsstellen bis 2020 nicht mehr wiederbesetzen.

Albig: Da, wo wir allein Verantwortung für unsere Aufgaben tragen, kommen wir gut



„Erfreulich positive Entwicklung“: Der Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig sieht Kiel als Wirtschaftsstandort gut aufgestellt.
Fotos Peter

Albig: Da, wo wir allein Verantwortung für unsere Aufgaben tragen, kommen wir gut voran. Allein 46 Stellen sind 2011 weggefallen. Leider wird es am Ende aber durch neue Aufgaben, die wir zusätzlich übernehmen müssen, zu einem Plus von 64 Stellen kommen. Fast alle der zusätzlichen Stellen sind bei der Feuerwehr und im Kita-Bereich entstanden. Das veranschaulicht das große Problem der hoch verschuldeten Kommunen: Ihre allermeisten Aufgaben werden ihnen von den anderen Ebenen ohne nötige Finanzdeckung aufgedrückt. Uns entstehen zum Beispiel durch die Schaffung eines neuen Kita-Platzes pro Jahr ungedeckte Kosten von 10 000 Euro. Bund und Land verlangen aber, dass wir den gesetzlich vorgeschriebenen Rechtsanspruch für alle Kinder umsetzen. Wie wir das bezahlen, verraten sie aber nicht.

Sehen Sie denn überhaupt noch Ansätze zu sparen?

Wir könnten unser Sparziel in einem streng definierten Aufgabenrahmen bis 2020 erreichen, wenn nicht ständig neue Aufgaben ohne entsprechende Finanzierung dazukämen. Wir müssen immer weiter unsere Aufstellung in der internen Verwaltung verbessern, immer mehr Aufgaben elektronisch erledigen und viel mehr mit anderen Kommunen zusammenarbeiten. Nur ständig bei den wenigen freiwilligen Leistungen, wie der För-

„Erfreulich positive Entwicklungsstandort gut aufgestellt.“

derung des Breitensports oder der Kultur, zu kürzen, hilft nicht weiter. Das Theater beispielsweise ist nicht nur kulturell, sondern auch unter Standortüberlegungen für uns sehr wichtig. Eine Stadt braucht ein gewisses Niveau an Attraktivität, um nicht ihre Anziehungskraft für die Menschen und Unternehmen zu verlieren, die Steuern zahlen. Der Haushalt ist nur auf beiden Ebenen – des Landes und der Kommunen – gemeinsam erfolgreich zu konsolidieren. Es kann nicht sein, dass das Land in unsere Kassen greift, um seinen Haushalt zu konsolidieren und dabei in Kauf nimmt, die Kommunen immer weiter zu schwächen. Die nächste Regierung wird diese vorsätzliche Schwächung der Kommunen – allein in Kiel zehn Millionen Euro jedes Jahr – zurückführen müssen, sonst können wir unsere Aufgaben nicht mehr erledigen.

Das Land will den Haushalt der Stadt nur genehmigen, wenn der Kreditrahmen von 55,8 Millionen Euro um 20 Millionen Euro niedriger ausfällt. Was muss die Stadt vor allem voranbringen?

Ganz oben stehen Investitionen in unsere Bildungsinfrastruktur. 50 bis 60 Jahre lang etwa wurde nicht in Schulen investiert. Dort stehen ebenso Reparaturen wie bei maroden



„: Der Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig sieht Kiel als Wirtschaftszentrum aufgestellt.“
Fotos Peter

des Landes – und die sehe ich derzeit nicht – liegt die Chance der Realisierung bei Null.

Fern der dramatischen Finanzlage, wie sehen Sie Kiel als Wirtschaftsstandort aufgestellt?

Gut. Denn wir haben in der Innenstadt mit MATRIX eine erfreulich positive Entwicklung. Die Aufwertung und Neubelebung des Alten Markts wird viel Kaufkraft nach Kiel holen. Darüber bin ich sehr froh. Eine neue Qualität wird der ZOB-Neubau neben dem gut laufenden Hotel „Atlantic“ bringen. Auch der Hafen entwickelt sich gut, ebenso der Airpark in Holtenau, wo der Vertrag über die Geländeübertragung vom Bund an die Stadt kurz vor dem Abschluss steht. Wir verhandeln dort mit Unternehmen über Gewerbeansiedlungen. Mit dem Alleinstellungsmerkmal Landebahn könnte sich dort eine Erfolgsgeschichte anbahnen. Kiel wird bewusster für mögliche Ansiedlungen wahrgenommen, zumal sich der auch positive demografische Trend – die Stadt wächst – zu unseren Gunsten niederschlagen wird.

Sporthallen an. Alle Kraft muss aber in den nächsten drei Jahren vor allem in das zentrale Projekt Regionale Bildungszentren hineingesteckt werden. Dem muss sich alles unterordnen. Und um unser Abwasserkanalnetz nicht zu gefährden, müssen wir für dieses zehn Millionen Euro pro Jahr aufwenden.

schaffen es, brauchen aber etwas länger. Wenn wir allerdings keinen anderen Finanzierungsweg in Verhandlungen mit dem Land finden, kann es ein neues Zentralbad vorerst nicht geben. Das zeigt die Absurdität der Landesauflagen: Der Weiterbetrieb der alten, kaputten Bäder ist teurer als ein Neubau. Dabei braucht eine Stadt an der Küste ein funktionierendes Bad, damit unsere Kinder schwimmen lernen können.

Ein Wirtschaftsdezernat sollte eigentlich neuen Schwung für die Ansiedlungspolitik bringen. Doch seit dem Wechsel von Ute Berg nach Köln am 1. Februar gibt es keine Nachfolge. Bleiben Sie dabei, dass das Dezernat in den nächsten Monaten nicht ausgeschrieben wird?

Ja. Ich habe die Aufgaben gemeinsam mit dem Kämmerer übernommen. Wir werden dabei von einem Klasse Team im Rathaus unterstützt, das seine Aufgaben sehr erfolgreich erledigt. Wir sind hervorragend aufgestellt. Als Oberbürgermeister habe ich einen fruchtbaren Kontakt zur Wirtschaft, IHK und Verbänden.

Was bedeutet das konkret?

Wir müssen viele Projekte, von denen wir glauben, dass sie Kiel nachhaltig voranbringen, nach hinten verschieben. Bis alles, was heute auf dem Plan steht, abgearbeitet ist, brauchen wir sicher bis 2018. Wir

Bedeutet das auch den Abschied von der StadtRegionalbahn, die Sie als wichtiges Wirtschaftsprojekt bezeichnet haben?

Für das Projekt wurden bisher lediglich Planungskosten eingestellt, keine Investitionen. Ohne massive Finanzierung

Was ist mit der Position von CDU-Stadtrat Gert Meyer, dessen Amtszeit im nächsten April ausläuft?

Hier wird es eine Wiederbesetzung geben. Auf Wunsch der Ratsmehrheit wird es ein öffentliches Ausschreibungsverfahren geben.



Alle Kraft müsse in die Regionalen Berufsbildungszentren, also in die Berufsschulen, gesteckt werden, sagt Torsten Albig.

KIEL UND DAS GELD

Haushalt 2011 in Zahlen

Gesamtvolumen:	798,8 Mio. Euro
Defizit:	87,6 Mio. Euro
Langfristige Schulden:	441 Mio. Euro
Personalkosten:	206,4 Mio. Euro
Sozialtransfer:	147,8 Mio. Euro
Nettoaufwand Kitas:	52,5 Mio. Euro
Nettoaufwand Schulen:	56,8 Mio. Euro
Zinsaufwand:	21,5 Mio. Euro
Gewerbesteuer-Einnahmen:	105 Mio. Euro